Antrag: Satzungsänderung Bekanntmachung

Antragstellende: Witko Ulitzka, Smilla Siefken

Inhalt: Das Studierendenparlament möge folgende dauerhafte Änderung der Satzung der Studierendenschaft bezüglich digitaler Bekanntmachungen beschließen:

<p style="text-align: center;">§ 3 Bekanntmachung</p>	<p style="text-align: center;">§ 3 Bekanntmachung</p>
<p>(1) Die Satzung, Satzungsänderung und andere generelle Regelungen (Ordnungen), welche die Studierendenschaftsorgane beschließen, sind öffentlich bekannt zu machen. Die öffentliche Bekanntmachung erfolgt durch Aushang an den dafür vorgesehenen Stellen in der Universität. Der Aushang muss mindestens eine Woche dauern. Beginn und Ende des Aushangszeitraumes sind auf dem ausgehängten Exemplar der Satzung, Satzungsänderung oder Ordnung zu vermerken. Soweit die Genehmigung durch die Hochschulleitung erforderlich ist, erfolgt die Bekanntmachung auch in den Amtlichen Mitteilungen der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.</p> <p>(2) Alle Beschlüsse sind in einer Niederschrift festzuhalten. Die Niederschriften sind mindestens eine Woche gemäß Abs. 1 auszuhängen, soweit sie nicht Gegenstände betreffen, die der Vertraulichkeit bedürfen.</p>	<p>(1) Die Satzungen und Ordnungen sowie deren Änderungen aller Studierendenschaftsorgane, sind öffentlich bekannt zu machen, soweit sie nicht Gegenstände betreffen, die der Vertraulichkeit bedürfen. Die öffentliche Bekanntmachung erfolgt digital sowie durch Aushang an den dafür vorgesehenen Stellen in der Universität. Der Aushang muss mindestens eine Woche dauern. Beginn und Ende des Aushangzeitraumes sind auf jedem der ausgehängten Exemplare zu vermerken. Soweit die Genehmigung der Hochschulleitung erforderlich ist, erfolgt dies ebenfalls in den Amtlichen Mitteilungen der der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.</p> <p>(2) Einladungen zu den Sitzungen und Beschlüsse aller Studierendenschaftsorgane, abgesehen von denen der Fachschaftsräte, sind hochschulöffentlich, digital und analog gemäß Abs. 1 einsehbar zu machen.</p> <p>(3) Die Protokolle der Sitzungen aller Studierendenschaftsorgane sind nach Beschluss hochschulöffentlich digital, und auf Anfrage auch analog, einsehbar zu machen, soweit sie nicht Gegenstände betreffen, die der Vertraulichkeit bedürfen.</p>

Begründung:

Der gesellschaftliche Wandel hinsichtlich Digitalität erfordert eine Anpassung der politischen Praxis, da sich u. a. der Umgang mit Informationen und Umständen anders strukturiert: Politische Inhalte müssen entsprechend ebenso leicht zugänglich sein wie andere Inhalte. Dies bietet eine Chance zur Politisierung der Studierendenschaft, da durch breitere Zugänge zu Informationen Partizipation am politischen Diskurs und (eigenverantwortliche) politische Bildung vereinfacht wird. Ebenfalls berücksichtigt zusätzliche digitale Teilhabe die Bedarfe und Bedürfnisse der Studierenden für die analoge Auseinandersetzung allein Hemmnisse oder gar Barrieren hinsichtlich der Auseinandersetzung mit den Inhalten darstellen.